

## Insider-Enthüllung: «Beruflicher Selbstmord»

Wenn Angestellte Unregelmässigkeiten in ihrer Firma aufdecken, sind sie der Rache des Arbeitgebers hilflos ausgeliefert. Ein Fall aus der Baubranche.

Von Simon Thönen

Bild: Andreas Eggenberger



Die Anweisung von oben war Reto Meyer von Anfang an nicht geheuer. Der Geschäftsleiter der Schweizerischen Zentralstelle für Baurationalisierung (CRB) sollte den Trägerverbänden der CRB mehrere hunderttausend Franken für «immaterielle Leistungen» auszahlen.

Meyer konsultierte die Buchhaltung und entdeckte, dass bereits in den zwei Jahren zuvor Rechnungen für vage umschriebene Dienstleistungen wie «umfassendes Engagement» und «Unterstützung» bezahlt worden waren. Sowohl über Auftrag wie Zeitpunkt der geleisteten Dienste fehlten jegliche Angaben. Meyer: «Mir war sofort klar, dass die Rechnungen erfunden waren.»

Die Namen der Begünstigten mahnten Meyer allerdings zur Vorsicht. Es handelte sich um den Schweizerischen Baumeisterverband, den Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein und den Bund Schweizer Architekten (BSA). Die drei Trägerverbände nehmen unter den 5000 Mitgliedern des Vereins CRB eine Sonderstellung ein, dominieren den Vorstand und den Vorstandsausschuss – und sie wollten offensichtlich auch finanziell von der florierenden CRB profitieren.

Im Sommer 1999 informierte Meyer den Rechnungsprüfer von PricewaterhouseCoopers und formulierte seine Kritik an der frisierten Buchhaltung gegenüber dem Vorstandsausschuss schriftlich. «Deswegen wurde mir gekündigt», sagt er.

Im Dezember 2000, nach seiner Entlassung, reichte Meyer bei der Bezirksanwaltschaft Zürich Strafanzeige wegen Betrugs und Urkundenfälschung ein. Das Verfahren ist hängig, kommt aber nur schleppend voran. Die Staatsanwaltschaft entschuldigt dies mit anderen dringenden Untersuchungen.

Rund ein Drittel der Arbeitnehmer werden in ihrem Arbeitsleben Zeugen von Missständen, schätzt die Schweizer Sektion von Transparency International. Aufmerksame Angestellte stehen dann vor dem schweren Entscheid, ob sie dem guten Gewissen zuliebe die Missstände melden oder im Interesse der Karriere schweigen sollen. «Gegenwärtig müssen wir zur Vorsicht raten», sagt Zora Ledergerber, Geschäftsführerin von Transparency Schweiz. «Wer Unregelmässigkeiten in der Firma anprangert, riskiert oft den beruflichen Selbstmord.»

Die Anweisung des CRB-Schatzmeisters, jedem der

Trägerverbände satte 120000 Franken auszuführen, habe ihn in ein Dilemma gestürzt, sagt Meyer heute. «Ich wollte dies nicht mittragen, konnte eine Anweisung des Ausschusses aber auch nicht rundweg ablehnen.» Der Revisor stoppte die Manipulation nicht, wie Meyer gehofft hatte. Ebenso wenig die Zürcher Steuerbehörden, die sich auf einen Kuhhandel einliessen und zwei Drittel der Zahlungen als echten Geschäftsaufwand akzeptierten. Um sie zu überzeugen, waren im November 1999 nachträglich noch Verträge für 1997 bis 1999 fabriziert worden.

### **CRB-Vorstand gibt «groben Fehler» zu**

Die CRB, die einen jährlichen Umsatz von über zehn Millionen Franken erzielt, gehört nicht zu jenen Firmen, denen man Finanzmanipulationen zutrauen würde. Sie stellt Arbeitshilfsmittel für Architektinnen und Bauunternehmer her. Der Renner im Sortiment ist der Normenpositionenkatalog, die Grundlage für die Auftragsvergabe im Bauwesen.

Zwischen 1997 und 1999 kassierten die Verbände der Architekten und Baumeister mehr als eine Million Franken aufgrund erfundener Rechnungen, wie inzwischen auch CRB-Vorstand Max Studer zugibt: «Die Art und Weise der Rechnungsstellung war ein grober Fehler – in diesem Punkt gebe ich Reto Meyer Recht.» Die Einsicht kommt zwar spät, ist aber angesichts des hängigen Strafverfahrens brisant. CRB-Präsident Herbert Oberholzer gibt sich gelassen: «Ob wir unrecht gehandelt haben, wird das Gericht entscheiden.»

Die Zahlungen an sich sind für die CRB-Führungsriege nach wie vor kein Problem. Präsident Oberholzer: «Die Rechnungen waren fiktiv, aber sie stellten etwa die Summe der Leistungen der Verbände dar.» Ex-Geschäftsleiter Meyer bestreitet dies: «Es handelte sich um reine Geschenke, echte Arbeiten der Verbände für die CRB wurden separat und korrekt abgerechnet.» Dass auch Begünstigte die Zahlungen als Geschenk empfanden, zeigt ein Brief des Obmanns des Bundes Schweizer Architekten an CRB-Präsident Oberholzer, verfasst kurz vor Weihnachten 1999: Artig wird die «grosse Summe Geldes» verdankt, die der BSA «dieses Jahr zum dritten Mal in Empfang nehmen durfte». Derselbe Obmann hatte sich bereits vorher «für die grosszügige Vereinbarung mit den Trägerverbänden» bedankt – pikanterweise auf einer der fingierten Rechnungen.

Nachdem seine Warnrufe wirkungslos geblieben waren, unterzeichnete Meyer im Herbst 1999 «wider besseres Wissen» die Rechnungen und budgetierte für das kommende Jahr neue Zahlungen. «Ich betonte jedoch, dass ich in Zukunft Abrechnungen für echte Leistungen erwarte», sagt Meyer. Doch so weit sollte es nicht mehr kommen: Am 1. März 2000 erklärte ihm CRB-Präsident Herbert Oberholzer, er werde entlassen.

«Ich stand den Zahlungen an die Verbände im Weg», ist Meyer überzeugt – was von der CRB-Führung bestritten wird. Die Kündigung sei nicht überraschend ausgesprochen worden, sagt CRB-Vorstand Max Studer: «Der Ausschuss

kritisierte Meyer bereits mehr als ein Jahr zuvor, weil er die Restrukturierung nicht rechtzeitig anpackte.» Trotzdem gewährte der Ausschuss dem unliebsamen Geschäftsführer zweimal eine Gratifikation von 15000 Franken – zuletzt zwei Monate vor der Kündigung. «So unzufrieden waren sie mit mir als Geschäftsführer kaum», betont Meyer. Die damalige Kritik sei verstummt, nachdem er die Umwandlung in kurzer Zeit erfolgreich durchgeführt habe.

Nach Meyers Entlassung gingen die jährlichen Zahlungen von einer Viertelmillion Franken drei weitere Jahre problemlos über die Bühne. Erst diesen Frühling änderte die CRB ihre Vereinsstatuten: Honorare für Vorstandsmitglieder und «Förderbeiträge» an die Trägerverbände sind nun erlaubt. Man habe festgestellt, dass die «praktische Anwendung» nicht mehr zu den Statuten passe, so der CRB-Ausschuss: «Dies hat uns bewogen, die Statuten so zu überarbeiten, dass sie der Anwendung in der Praxis wieder entsprechen.»

### **Parlamentarier fordern Rechtsschutz**

Zora Ledergerber von der Transparency Schweiz mag sich zur Geschäftspolitik der CRB nicht äussern, solange ein Verfahren gegen die Firma hängig sei. Für die Korruptionsspezialistin ist aber klar: «Bezüglich Transparenz müssten die Wirtschaftsverbände ein Vorbild für ihre Mitgliedsfirmen sein.»

Eine Ständeratsdebatte in dieser Herbstsession wird Reto Meyer besonders genau verfolgen: In einem gemeinsamen Vorstoss fordern Ständerat Dick Marty (FDP) und Nationalrat Remo Gysin (SP) für Angestellte mit Zivilcourage «Schutz vor Entlassung und anderen Diskriminierungen». Denn im Gegensatz zu anderen Staaten wie etwa Grossbritannien oder den USA sind Firmeninsider, die hierzulande Unregelmässigkeiten aufdecken, noch immer schutzlos der Rache der Arbeitgeber ausgesetzt.